

Unfaire Agrar- und Handelspolitik der EU

Handel kann Einkommen schaffen und Menschen einen Weg aus der Armut ebnen. Doch die heutigen Regeln und Strukturen des Welthandels sind unfair. Reiche Länder exportieren hochsubventionierte Produkte wie Milchpulver oder Fleisch zu Dumpingpreisen. In armen Ländern werden so Kleinbauern und -bäuerinnen und lokale Produzent/ innen vom Markt verdrängt und verlieren ihre Existenzgrundlagen.

Aggressive Agrarpolitik der EU

So gefährdet beispielsweise das gegenwärtige europäische Landwirtschaftsmodell mit den existierenden handelspolitischen Regelungen die Existenz der Kleinbauern und verschärft damit Armut und Hunger in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara:

Die landwirtschaftliche Produktion in den Ländern der europäischen Union ist seit 1962 in der gemeinsamen Agrarpolitik GAP geregelt. Ziel der GAP ist die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft. Die Einführung von Marktordnungen mit Preis- und Absatzgarantien, Subventionen für fast alle landwirtschaftlichen Produkte sichert seit Jahren dieses Ziel und führen gleichzeitig zu extremen Überschüssen.

Nicht nur reine Überproduktionen auch verändertes Verbraucherverhalten führen dazu, dass in Europa Lebensmittel produziert werden, die auf dem heimischen Markt nicht vollständig abgesetzt werden können. So ist in den letzten Jahren die Nachfrage nach fettarmen Speisen gestiegen. Folglich stieg beispielsweise der Absatz von magerem Hühnerbrustfleisch. Die fettreichen Teile des Hähnchens, die sich hierzulange nicht gut verkaufen lassen, werden eingefroren und nach Afrika verschifft, wo sie wieder zu Dumpingpreisen auf den Markt kommen.

Milch, die europäische Milchbauern produzieren und die in der EU nicht verkauft werden kann, da das Angebot höher ist als die Nachfrage, wird zu Milchpulver verarbeitet. Dieses wird in Afrika zu Preisen verkauft, mit denen die einheimischen Milchbauern nicht konkurrieren können, da sie nicht vom Staat bezuschusst werden. Ähnliches geschieht mit anderen Lebensmitteln. Während in der EU Obst und Gemüse mithilfe staatlicher Subventionen produziert werden, bekommt ein Bauer in Afrika keine Hilfe vom Staat oder nimmt gar Entwicklungskredite auf. Wenn diese Produkte nun aus Europa auf die Märkte Afrikas kommen, weil mehr produziert wurde als in Europa abgesetzt werden kann, dann kann der einheimische Bauer nicht mit den Preisen konkurrieren und verliert seine Existenzgrundlage.

Handelshemmnisse durch die EU-Handelspolitik

Mit Hilfe bi- und multilateraler Handelsabkommen drängt die Agrar- und Handelspolitik der EU viele afrikanische Länder zu einer weitreichenden Marktöffnung für europäische Agrarprodukte, um die Überschüsse „loszuwerden“. So verhandelt die EU beispielsweise mit den AKP-Staaten (78 Länder in Afrika, der Karibik und im Pazifischen Raum) über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Bei den EPAs handelt es sich um Freihandelsabkommen, die der EU und ihren Unternehmen den Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer erleichtern soll. Die Forderungen, die die EU dabei stellt, gehen jedoch weit über die bisherigen Vereinbarungen in multinationalen Foren wie der WTO hinaus. Die Länder sollen sich darin nicht nur verpflichten, ihren Markt für den Güterhandel zu öffnen, sondern auch Dienstleistungen, Investitionen und die Wettbewerbspolitik liberalisieren. Insbesondere aber sollen Ausfuhrsteuern massiv beschränkt oder ganz abgesetzt werden.

Ausfuhrsteuern werden von vielen Entwicklungsländern erhoben, um damit beispielsweise ihre Staatseinkommen zu erhöhen und die einheimische Industrie zu schützen und zu fördern. So können mit Hilfe von Ausfuhrsteuern Rohstoffe auf dem Binnenmarkt billiger angeboten werden. Das hilft der einheimischen verarbeitenden Industrie, günstiger zu produzieren und damit an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Länder, in denen eine weiterverarbeitende Industrie existiert, haben eine höhere Wachstumsrate, als solche die reine Rohstoffexporteure sind.

Mit der Beschränkung von Ausfuhrsteuern versucht die EU sich einen günstigen Zugriff auf die Rohstoffe zu sichern, zum Nachteil der einheimischen Wirtschaft. Länder, die von Rohstoffexporten abhängig sind, zeichnen sich dennoch oft durch hohe Verschuldung und große Armut aus. 83 Prozent der Exporte aus hochverschuldeten armen Ländern (heavily indebted poor countries, HIPC) sind unverarbeitete Rohstoffe. Beispielsweise wird 70 Prozent des gesamten Kakaos weltweit in afrikanischen Ländern angebaut, aber nur 15 Prozent werden dort verarbeitet.

Mit ihren Bestrebungen Entwicklungsländer in bilaterale Freihandelsabkommen zu drängen, will sich die EU vor allem Vorteile für die eigene Wirtschaft sichern. Entwicklungsländer würden weiter in die Rolle als reine Rohstoffexporteure gedrängt und ihre Märkte werden mit billigen Produkten aus Europa überschwemmt. Durch diese unfairen Handelsstrukturen wird es für afrikanische Länder schwerer, sich aus der Armut zu befreien.

Quellen:

Oxfam, Studie zur Rohstoffinitiative der EU

http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20101217_rohstoffbericht.pdf.

One.org, Themenschwerpunkt Handel und Investitionen

http://www.one.org/c/de/die_themen/1803/.

Deutsche Welthungerhilfe, Handbuch Welternährung. 2010.